

Anhang I zu:

## DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag:

- zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
- zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Tristan Abromeit / Mai 2003

### Inhalt

## Die zwei „Neoliberalismen“

von Andreas Renner

Seite 2

-----  
Anmerkungen vom Abschreiber

Seite 17  
-----

Professor Dr. Alexander Rüstow:

## WIRTSCHAFT ALS DIENERIN DER MENSCHLICHKEIT

Aus dem Tagungsprotokoll der ASM Nr. 15 /1960

Seite 19  
-----

Wolfgang Frickhöffer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AS'M

## VON DER RANGORDNUNG DER WERTE

(Auszug: Einleitung und Schlußsätze)

Seite 28

# Die zwei „Neoliberalismen“<sup>1</sup>

von Andreas Renner

(Abschrift aus *Fragen der Freiheit*, Heft 256, Okt. / Dez. 2000,  
Hrsg. Seminar für freiheitliche Ordnung, E-Mail: [info@sffo.de](mailto:info@sffo.de) / Internet: [www.sffo.de](http://www.sffo.de) )

## 1. Zur Notwendigkeit der Differenzierung

»Neoliberalismus« ist heute ein zentraler Begriff der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Dabei überrascht die Sorglosigkeit, mit der der Begriff vielfach verwendet wird. Denn es ist keineswegs eindeutig, was unter Neoliberalismus zu verstehen ist. Zwingend notwendig erscheint die Unterscheidung der ursprünglichen, historischen Bedeutung von Neoliberalismus auf der einen Seite und der - im Zeichen der Globalisierungs-Debatte stehenden - aktuellen Neoliberalismus-Diskussion auf der anderen Seite.<sup>2</sup> In der historischen Bedeutung steht Neoliberalismus für jene - in den 1930er Jahren »neue« - liberale Bewegung, welche die konzeptionellen Grundlagen für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit nach 1945 schuf (Grossekettler 1997; Becker 1965). In der aktuellen Diskussion dagegen wird Neoliberalismus regelmäßig identifiziert mit einem »Marktfundamentalismus«, der die Politik zum Erfüllungsgehilfen der Märkte degradiert (Ulrich 1995; 1997; 1999). In dieser Perspektive ist Neoliberalismus nicht länger die konzeptionelle Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft; vielmehr wird das »neoliberale« Modell der »sozialen« Marktwirtschaft gegenübergestellt.

Im folgenden wird zunächst die ursprüngliche Bedeutung des Neoliberalismus-Begriffes beleuchtet; im Anschluß wird die aktuelle Neoliberalismus-Diskussion kurz skizziert und in den Kontext der ursprünglichen Neoliberalismus-Konzeption gestellt.

---

1 Der Aufsatz wurde unter dem Titel »Neoliberalismus - Versuch einer Begriffsklärung« im Jahrbuch 1999 / 2000 der Neuen Helvetischen Gesellschaft veröffentlicht (Neue Helvetische Gesellschaft (Hg.) (1999). Die Schweiz unter Globalisierungsdruck. Staatliches Handeln mit und gegen wirtschaftliche Logik. Jahrbuch »Die Schweiz« 1999/2000. Aarau / Frankfurt a. M. / Salzburg: Sauerländer. S. 35-50). Für die Genehmigung des Wiederabdrucks sei der Neuen Helvetischen Gesellschaft herzlich gedankt.

2 Aufgrund des unterschiedlichen regionalen Ursprungs der beiden Neoliberalismus-Diskurse könnte man auch von »deutschem« (bzw. »kontinentaleuropäischem«) sowie »angelsächsischem« Neoliberalismus sprechen.

## 2. Der ursprüngliche Kontext: Neoliberalismus als »Theorie der Sozialen Marktwirtschaft«

Die Bezeichnung »Neoliberalismus« wurde nach Darstellung Wilhelm Röpkes (1955, 20) auf einem Symposium, dem sogenannten »Colloque Walter Lippmann«<sup>3</sup>, geprägt, das im August 1938 in Paris abgehalten wurde. Der »Neo«-Liberalismus-Begriff wurde gewählt, um die Abgrenzung der in Paris versammelten »neuen« liberalen Bewegung gegenüber dem alten Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts kenntlich zu machen. Zum Kreis der »Neoliberalen« werden insbesondere Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack und, wenn auch nicht unumstritten, Friedrich August von Hayek gezählt. Auch wenn nicht alle Wissenschaftler dieses Kreises den Begriff »Neoliberalismus« selbst übernommen haben - Röpke (1955, 20) bezeichnete die Festlegung auf den Neoliberalismus-Begriff als »das am wenigsten glückliche Ergebnis der Konferenz«, Eucken (1952/90, 374f) lehnte ihn grundsätzlich ab -, galt der Neoliberalismus im deutschsprachigen Raum über viele Jahrzehnte hinweg als das »geistige Rüstzeug« der Sozialen Marktwirtschaft (Mötteli 1961,40).

Die gemeinsame Klammer der neoliberalen Bewegung besteht in der Rolle, die der Ordnungspolitik, d. h. der Gestaltung der institutionellen Rahmenordnung, beigemessen wird.<sup>4</sup> Es wird gefordert, daß die Politik die institutionelle Rahmenordnung gestaltet, nicht aber direkt in das Marktgeschehen selbst eingreift. Eucken bringt den Sachverhalt kurz und knapp auf die Formel: »Staatliche Planung der Formen -ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses - nein« (Eucken 1951, 72; s. a. 1952/90, 336). Weitaus weniger mißverständlich als der Begriff des Neoliberalismus erscheint der von Viktor Vanberg (1999) vorgeschlagene Begriff des »konstitutionellen Liberalismus«<sup>5</sup>), der den Bezug zur institutionellen Rahmenordnung, der »Wirtschaftsverfassung« (Eucken), klar herausstellt.

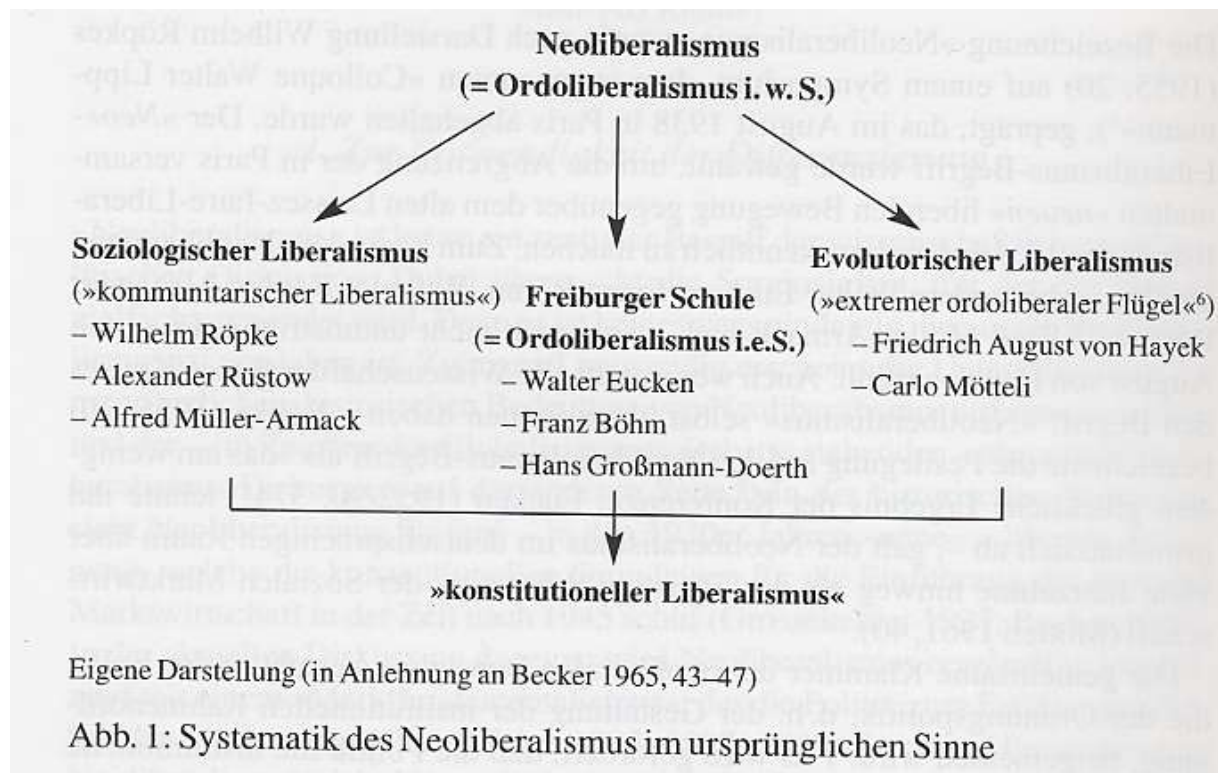
Trotz der gemeinsamen Klammer handelt es sich keineswegs, wie man meinen könnte, um einen homogenen Kreis von Wissenschaftlern. Vielmehr lassen sich verschiedene Strömungen innerhalb des Neoliberalismus differenzieren. In Anlehnung an die detailliert recherchierte Analyse Helmut Beckers (1965) werden im folgenden drei Strömungen innerhalb des Neoliberalismus unterschieden: der Ordoliberalismus der Freiburger Schule, der soziologische Liberalismus und der evolutorische Liberalismus (Abbildung I).

---

3 Die Namensgebung bezieht sich auf den amerikanischen Publizisten und Soziologen Walter Lippmann, dessen Buch »The Good Society« (1936/45) auf der Tagung diskutiert wurde.

4 Zur Unterscheidung von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozess - in der Sprache des Spiels und des Sports: von Spielregeln und Spielzügen - vgl. grundlegend Hayek (1973/93).

5 Ähnlich auch Pies (1998,56).



6

Innerhalb des Neoliberalismus nimmt der Ordoliberalismus der Freiburger Schule eine zentrale Stellung ein. Der Begriff »Ordoliberalismus« wurde in den 1950er Jahren in die Diskussion eingeführt<sup>7</sup> und teils synonym für Neoliberalismus, teils als präzisierende Verengung für den Ordoliberalismus der Freiburger Schule verwendet. Als der führende »Theoretiker« des Ordoliberalismus - und auch des Ordoliberalismus der Freiburger Schule - gilt Walter Eucken (Strubl 1954, 38; Becker 1965, 46). Eucken hat zudem, wie Grosseckler (1997, 22) es formuliert, als »Ideenbündler« in den 1930er und 1940er Jahren die Argumentationsstränge des Autorenkreises, der später als »Freiburger Schule« bzw. als »Ordo-Kreis« bekannt wurde, zusammengeführt.<sup>8</sup>

Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule ist eine normativ-ethisch fundierte Konzeption, in deren Mittelpunkt die Frage nach einer »guten« - in den Worten Euckens: »funktionsfähigen und menschenwürdigen« (1952/90, 14, 369) - Ordnung steht. Die Kernbotschaft lautet, daß eine (umfassend verstandene) Politik der Wettbewerbsordnung wirtschaftlichen und sozialen - heute würden wir

6 Mit dieser Bezeichnung weist Becker (1965, 16) auf die Strittigkeit der Zuordnung der evolutorischen Sozialphilosophie Hayeks zum Ordoliberalismus hin. Allerdings müßte analog auch der »soziologische Liberalismus« als weiterer »extremer ordoliberaler Flügel« charakterisiert werden (zur Abgrenzung der Konzeptionen Euckens und Müller-Armacks siehe Lange-von Kulesa/Renner 1998).

7 Der Begriff des Ordoliberalismus geht zurück auf Hero Moeller (1950: 224) der diesen zur Kennzeichnung des sogenannten »Ordo-Kreises« um Walter Eucken und Franz Böhm, die Herausgeber des 1948 gegründeten Jahrbuchs ORDO, verwandte. Der Begriff setzte sich erst allmählich durch. So schreibt Gerhard Strubl noch 1954 zur Bezeichnung »Ordoliberalismus«: »Obwohl damit eine spezifische Aussage verbunden und eine einengende adäquate angemessene Bezeichnung gewonnen wäre, hat sie sich nicht durchgesetzt« (1954, 38).

8 Als Mitbegründer der Freiburger Schule gelten neben dem Nationalökonom Walter Eucken insbesondere die beiden Juristen Franz Böhm sowie (der früh verstorbene) Hans Großmann-Doerth.

ergänzen: und ökologischen - Belangen gleichermaßen gerecht wird.<sup>9</sup> Diese soll durch die institutionelle Absicherung von »Leistungswettbewerb« dafür Sorge tragen, daß die Unternehmen um die Gunst der Konsumenten (und Arbeitnehmer) konkurrieren. In Abwesenheit willkürlicher wirtschaftlicher Machtausübung verfügen die Menschen über die nötigen Spielräume zur Verwirklichung ihrer eigenen Lebenspläne. Eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung ist damit zugleich eine menschenwürdige Ordnung.

Die neoliberale Konzeption Wilhelm Röpkes, Alexander Rüstows und Alfred Müller-Armacks läßt sich nach einem Vorschlag Röpkes (1944/79, 51) treffend als »soziologischer Liberalismus« charakterisieren.<sup>10</sup> Wie die folgenden Ausführungen zeigen, ließe sich diese Richtung des Neoliberalismus ebenso als »kommunitarischer Liberalismus« kennzeichnen (Schick/Renner 2000).<sup>11</sup>

Die Autoren teilen zum großen Teil die Argumentation der Freiburger Schule, ergänzen diese jedoch durch soziologische Überlegungen. Alle drei Autoren kritisieren die »>ökonomistische< Einengung« (Röpke 1944/79,50) der traditionellen (wirtschafts-)liberalen Sichtweise und fordern eine angemessene Berücksichtigung der »soziologischen Grenzen« (Röpke 1942/79, 87)<sup>12</sup>, die der Marktfreiheit gesetzt sind.<sup>13</sup> Die moderne, auf dem Prinzip der marktlichen Koordination beruhende Gesellschaft neige zur »sozialen Unterernährung« (ebd., 149).<sup>14</sup> Diesem Trend müsse die Politik entgegensteuern: Genauso wie Demokratien »staatsfreie Sphären« aufweisen müßten, wenn sie nicht zur Despotie entarten sollen, gelte es in der Marktwirtschaft, »marktfreie Sphären« bewußt zu erhalten (Röpke 1942/79,192). Aus dieser Diagnose folgt ein erweiterter Katalog staatlicher Aufgaben - einer »eindrucksvollen Liste von Agenda« (Röpke 1944/79, 76) -, die sich in zwei Gruppen unterteilen lasse: den Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsordnung auf der einen Seite und den gesellschaftspolitischen Maßnahmen (Raumplanung, Dezentralisierung) auf der anderen Seite. Diese auf die »Lebenslage« der Menschen abzielende Politik bezeichnet Rüstow als »Vital-

---

9 Vgl. Eucken (1952/90, 370): »Es ist aber nur die eine Seite der Wettbewerbsordnung, daß sie auf die Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit dringt. Ihre andere Seite besteht darin, daß hier gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklicht werden soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre besondere Stärke.«

10 Hayek et al. (1979, XXXIV) weisen daraufhin, daß der (in die Schweiz emigrierte Nationalökonom und Soziologe) Wilhelm Röpke sowie dessen (in die Türkei emigrierter Kollege und Freund) Alexander Rüstow »eher als 'Einzelkämpfer' wirkten«, wohingegen man bei Müller-Armack von einer Schulbildung sprechen könne. Gegen den Begriff der »Kölner Schule« spricht jedoch, daß die weitreichende inhaltliche Kongruenz mit der Konzeption Röpkes und Rüstows aus dem Blick gerät.

11 Interessanterweise wird das oben erwähnte Buch von Walter Lippmann »The Good Society« (1936/45) auch im Kreise der Kommunitaristen rezipiert; vgl. die Einführung in das gleichnamige Buch von Bellah et al. (1991).

12 Rüstow (1945/50, 79) kritisiert die »Soziologieblindheit« des (klassischen) Wirtschaftsliberalismus.

13 Aus soziologischer Sicht sei die Konkurrenz »ein gefährliches Prinzip, das eher auflöst als verbindet« (Röpke 1942/79, 292; s.a. 1950/79, 157): »Wenn die Konkurrenz nicht als soziales Sprengmittel wirken und zugleich nicht selbst entarten soll, setzt sie eine um so stärkere Integration außerhalb der Wirtschaft, einen um so kräftigeren politisch-moralischen Rahmen voraus: einen starken und über den hungrigen Interessentenhaufen stehenden Staat, eine hohe Wirtschaftsmoral, eine unzersetzte Gemeinschaft kooperationsbereiter, natürlich verwurzelter und sozial eingebetteter Menschen« (1942/79 292)

14 Diese sei »die typische Krankheit der sich in vereinsamte Individuen auflösenden Gesellschaft, in der es an der Wärme des Zusammenhalts fehlt, in der das Gefühl, nicht nur mit unseren Rechten, sondern auch mit unseren Pflichten an einem bestimmten Platz in der Gesellschaft zu stehen, mit anderen Worten, das Gefühl der Einbettung in die kleinere und größere Gemeinschaft mehr und mehr schwindet« (Röpke 1942/79 149)

politik«<sup>15</sup>. An eine solche »Vitalpolitik« denkt auch Alfred Müller-Armack, wenn er eine »zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft« fordert, bei der die Politik der Wettbewerbsordnung durch »ein neues gesellschaftspolitisches Leitbild« ergänzt wird (1960/76, Titel; s.a. den Querverweis auf Rüstow in ebd., 280).

Der soziologische Liberalismus ist somit weitaus »interventionsfreudiger« als die ordoliberalen Konzeption. Dies zeigt sich nicht nur im Aufgabenkatalog, sondern auch in den für zulässig erachteten Mitteln. Müller-Armack spricht in diesem Zusammenhang von einer »Zwischenschicht noch mit der Marktwirtschaft verträglicher Maßnahmen« (Müller-Armack 1950, 266).<sup>16</sup> Mit anderen Worten: Der marktwirtschaftlichen Ordnung wird eine weit höhere Absorptionsfähigkeit staatlicher Eingriffe zugetraut als von den Vertretern der Freiburger Schule.<sup>17</sup>

Die Konzeption Friedrich August von Hayeks steht einerseits in der Linie der Freiburger Schule<sup>18</sup>, ist aber andererseits stärker evolutorisch orientiert als diese. Zur Kennzeichnung der Hayekschen Konzeption wird hier der Begriff des »evolutionistischen Liberalismus« vorgeschlagen.<sup>19</sup> Die Bezeichnung soll auf die grundlegende Rolle hinweisen, die evolutorisch gewachsenen Strukturen beigegeben wird. Während die »Freiburger« um Eucken die Möglichkeit der aktiven Gestaltung der institutionellen Rahmenordnung hervorheben, zeigt Hayek (und mit ihm Karl Popper) auf, daß Institutionen einen Erfahrungsschatz darstellen, der oftmals erst dann erkannt wird, wenn diese gewaltsam beseitigt wurden. Institutionelle Reformen sollten daher behutsam angegangen werden.<sup>20</sup> Aufgrund der behaupteten Nähe des »evolutionistischen Liberalismus« zum historischen »Laissez-faire-Liberalismus« bezeichnen Röpke und Rüstow die Konzeption Friedrich August von Hayeks, mehr aber noch die Konzeption seines Lehrers Ludwig von Mises als »Alt-« bzw. »Paläoliberalismus«, der dem Neoliberalismus gegenübergestellt wird. Zweckmäßiger erscheint es jedoch, analog zu Becker die Konzeption Hayeks dem Ordoliberalismus (i.w.S.) zuzuordnen und den Begriff des Alt- bzw. Paläoliberalismus für die »extremere« Konzeption der von Carl Menger begründeten und von Ludwig von Mises fortgeführten Österreicherischen Schule zu reservieren (siehe hierzu auch Abschnitt 3).

---

15 Diese sei dadurch charakterisiert, daß sie »die gesamte Vitalsituation des Menschen in allen ihren wesentlichen Bestandteilen berücksichtigt und nicht bloß, wie vielfach die traditionelle Sozialpolitik, in der Hauptsache nur die paar groben äußeren Meßbarkeiten als ob das Glück des arbeitenden Menschen einfach proportional seiner Lohnhöhe und umgekehrt proportional seiner Arbeitszeit wäre« (Rüstow 1952/63, 268).

16 Zwar argumentiert Röpke, daß es kaum ein wirtschaftspolitisches Ziel gebe, das nicht durch eine Einwirkung auf die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsablaufs zu erreichen wäre (1942/79, 297), dies bedeutet jedoch nicht, daß Maßnahmen der Ordnungspolitik grundsätzlich unbedenklich sind. Als Beispiel sei der (persönliche) Vorschlag Rüstows genannt, »ein Einstellungsverbot für Mütter kleiner Kinder« zu erlassen« (1960/63, 86)

17 Röpke bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt, indem er feststellt, daß die Marktwirtschaft »offenbar schwer umzubringen« sei (Röpke 1958/79, 59).

18 Hayek kam nach eigenem Bekunden nach Freiburg, um »die Überlieferung aufzunehmen und fortzuführen, die Eucken und sein Kreis in Freiburg und in Deutschland geschaffen haben« (1963/94, 2).

19 Ulrich (1995) spricht in diesem Kontext von »evolutionistischen« Konzeptionen.

20 Popper (1944/87, 70) spricht in diesem Zusammenhang von einer »Stückwerks-Sozialtechnologie«, derzufolge institutionelle Reformen schrittweise, in einem evolutorischen Suchprozeß zu erfolgen haben.

### 3. Der aktuelle Kontext: Neoliberalismus als »Marktfundamentalismus« ?

Der Begriff des Neoliberalismus wurde in den 1990er Jahren erneut zum Schlagwort der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Der Begriff war, nachdem er in den 1950er bis Anfang der 1960er Jahren eine herausragende Stellung bei der Diskussion der konzeptionellen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gespielt hatte (Nawroth 1961, V), in den 1960er und frühen 1970er Jahren, der Blütezeit des Keynesianismus in Deutschland, zunehmend in Vergessenheit geraten.<sup>21</sup> Die plötzliche Renaissance des Neoliberalismus-Begriffs in den 1990er Jahren steht in einem engen Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas. Die sich global ausweitende Marktgesellschaft und die damit verbundene zunehmende Wettbewerbsintensität hatte zu einer intensiven Diskussion über die Vor- und Nachteile der Globalisierung der Märkte geführt.<sup>22</sup> Dabei argumentierten die Befürworter der Globalisierung, daß es sich um eine systemimmanente Entwicklung handle, die sich der Kontrolle der Politik weitgehend entziehe.<sup>23</sup> Die Globalisierungskritiker argumentierten, daß es sich bei der Globalisierung keineswegs um eine »gottgewollte« Entwicklung handle, sondern um die Folgen einer bewußten Politik der Marktliberalisierung (Böckenförde 1998) - der sogenannten »neoliberalen Angebotspolitik«. Diese marktliberale - von ihren Kritikern auch als »marktradikal«, »marktanarchistisch« oder »marktfundamental« bezeichnete<sup>24</sup> - Politikkonzeption wird nun als Neoliberalismus bezeichnet. Neoliberalismus steht damit für eine »totale Marktgesellschaft« (Ulrich 1997), bei der die Politik zum Erfüllungsgehilfen der Märkte degradiert wird. Nicht-wirtschaftliche Aspekte wie die Frage des sozialen Zusammenhalts oder der Sicherung der ökologischen Grundlagen fänden in der Konzeption keine Berücksichtigung. Unter dem Vorwand scheinbarer ökonomischer Sachzwänge werde das Primat der Politik aufgegeben.<sup>25</sup> Kurz: Die neoliberale Politik sei ein Rückfall in den Harmonieglauben bzw. in den Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts.<sup>26</sup>

Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: Die heutigen Kritiker des Neoliberalismus greifen - zumeist unwissentlich<sup>27</sup> - jene Ökonomismus-Kritik auf, die vor 50 Jahren von einer Gruppe von Ökonomen entwickelt wurde, die sich selbst als »neoliberal« bezeichneten. Neoliberalismus steht somit heute für diejenige Konzeption, gegen die sich die Neoliberalen ursprünglich wandten. Hinzu kommt, daß die Neoliberalismus-Kritiker Gefahr laufen, einen »Strohmann« zu

21 Hajo Riese brachte dies auf die provokative Formel: »Eucken, der Eindruck drängt sich auf, ist tot« (1972,32).

22 Dabei überwiegt, gemessen an der Zahl der Beiträge, die Kritik; vgl. exemplarisch die Bücher »Grenzen des Wettbewerbs« der Gruppe von Lissabon (1995/97) »Der Terror der Ökonomie« von Viviane Forrester (1996/97) oder »Die Globalisierungsfälle« der beiden »Spiegel«-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann (1996)

23 Carl Christian von Weizsäcker spricht hierbei von der »Logik der Globalisierung« 1999

24 So etwa bei Ulrich (1997,2), Beck (1997,16) bzw. Giddens (1998,8).

25 Vgl. hierzu den Standpunkt von Ernst Ulrich von Weizsäcker, der dem Carl Christian von Weizsäckers diametral entgegensteht: »Die Globalisierung höhlt die Demokratie aus« (1998,36).

26 Ulrich (1995) weist darauf hin, daß dies nicht zwingend das gleiche sei. Die heutige neoliberale Konzeption beruhe nicht auf einem »Harmonieglauben«, sondern fordere die Politik zu aktivem Handeln im Wettbewerb der Rahmenordnungen auf.

27 Eine Ausnahme stellt der bereits zitierte Ansatz Peter Ulrichs dar; vgl. insbesondere Ulrich (1995), der unter dem Label »Neoliberalismus vs. Ordoliberalismus« die neoliberale Angebotspolitik dem soziologischen Liberalismus (Stichwort- »Vitaloolitik«) gegenüberstellt.

bekämpfen. Denn im Gegensatz zur ursprünglichen Neoliberalismus-Diskussion gibt es heute keinen Kreis von Wissenschaftlern, die sich selbst als »neoliberal« bezeichnen. Die Frage der Einordnung der Neoliberalismus-Kritik steht daher im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.

Der Neoliberalismus-Begriff dient heute zur Darstellung einer politischen Extremposition, der gegenüber die eigene Position positiv - als Position der Mitte - abgegrenzt werden kann. Diese Polarisierung der Debatte hat der britische Soziologe Anthony Giddens in mehreren Beiträgen (1994/97; 1998) deutlich herausgearbeitet (und damit den Begriff des Neoliberalismus in seinem heutigen Sinne mit geprägt). Giddens setzt Neoliberalismus gleich mit »Thatcherismus« bzw. der »neuen Rechten« (1998, 8), worunter er eine wirtschaftsliberal-konservative Politikkonzeption faßt, die er unter anderem mit Begriffen wie »minimal government« und »market fundamentalism« beschreibt (Giddens 1998, 8). Dahrendorf (1999, 18) ordnet den so verstandenen Neoliberalismus der maßgeblich von den Anhängern der neoklassischen Chicago-Schule entwickelten »neuen wirtschaftspolitischen Orthodoxie« zu, als deren einflußreichster Vertreter der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman gilt.<sup>28</sup>

Noch treffender lassen sich die Schlagwörter des »Minimalstaates« und des »Marktfundamentalismus« den »marktradikalen«, »libertären« Minimalstaatskonzeptionen Murray Rothbards, Israel Kirzners und anderer zuordnen, welche die Tradition der Österreichischen Schule heute in den USA fortführen. Für solche minimalstaatlichen Konzeptionen schlägt Vanberg (1999) die Bezeichnung »free-market liberalism« vor.<sup>29</sup>

Dieser »neuen Rechten« - Giddens spricht auch vom »Neoliberalismus der Konservativen« (1994/97, 64) - wird nun die »alte Linke« (Giddens 1998,7) als Gegenpol gegenübergestellt. Hierunter versteht Giddens die »traditionelle« wohlfahrtsstaatliche Konzeption der Sozialdemokratie. Diesen Gegensatz von »alter Sozialdemokratie« und »Neoliberalismus der Konservativen« gelte es heute zu überwinden. Es gehe darum, einen »neuen dritten Weg« zu finden (Giddens 1998). Hierzu sei die politische Mitte - Giddens spricht auch von der »radikalen Mitte« (ebd., 70) - neu zu definieren.

---

28 Die Chicago-Schule wurde von Frank H. Knight und dessen Schüler Henry C. Simons begründet und unter anderem durch Milton Friedman, George Stigler und Gary Becker fortgeführt.

29 Der oben zur Kennzeichnung der Konzeption Ludwig von Mises' eingeführte Begriff des »Alt-« bzw. »Paläoliberalismus« kann somit für dogmengeschichtliche Betrachtungen reserviert werden.



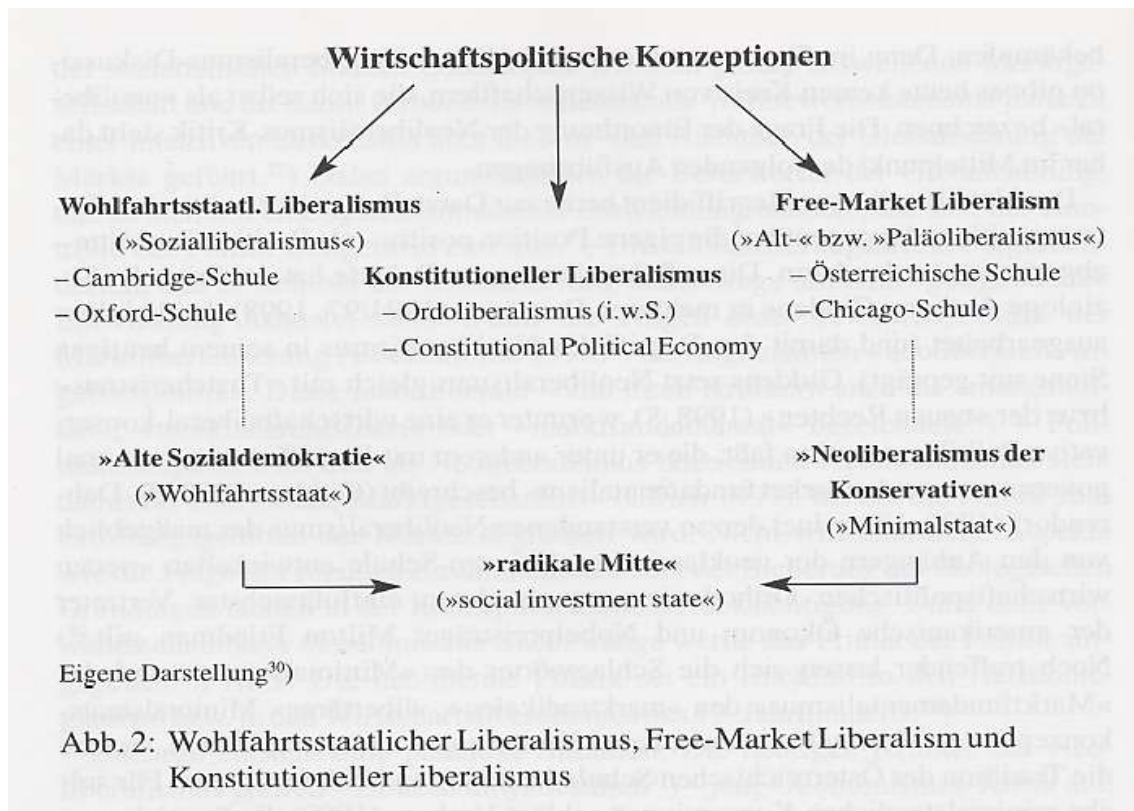


Abbildung 2 setzt<sup>30</sup> - wenn auch nicht auf den ersten Blick so erkennbar - die oben skizzierte aktuelle Neoliberalismus-Diskussion in den Kontext zur ursprünglichen, anhand von Abbildung 1 erörterten, Neoliberalismus-Diskussion. Links steht der »wohlfahrtsstaatliche Liberalismus«<sup>31</sup> John Maynard Keynes' und Arthur Cecil Pigous (sogenannte »Cambridge- und Oxford-Schule«)<sup>32</sup>, auf der die wohlfahrtsstaatliche Konzeption der »traditionellen Sozialdemokratie« beruht. Rechts steht die minimalstaatliche Konzeption der Österreichischen Schule und (bedingt auch) der Chicago-Schule, für die oben der Begriff des »free-market liberalism« eingeführt wurde. In der Mitte schließlich stehen diejenigen »neoliberalen« Strömungen, die oben im dogmengeschichtlichen Kontext als Ordoliberalismus (i.w.S.) bezeichnet wurden und für die der präzisere Begriff des »konstitutionellen Liberalismus« vorgeschlagen wurde.<sup>33</sup>

Die drei Gruppen unterscheiden sich grundlegend in ihrem zugrundeliegenden Staatsverständnis: Während das Ideal des »free-market liberalism« keinerlei politische Interventionen (auch keine bewußte Einflußnahme auf die institutionelle Rah-

30 In Anlehnung an Becker (1965,37^11), Vanberg (1999) und Giddens (1998).

31 In der Literatur wird vielfach auch von »Sozialliberalismus« gesprochen (Grosseckler 1997, 12; Becker 1965, 37). Da dieser Begriff in sehr unterschiedlicher Weise definiert wird, wird hier die Bezeichnung »wohlfahrtsstaatlicher Liberalismus« vorgeschlagen. Gemeint ist damit jene Konzeption, die man im amerikanischen Englisch als »liberal« bezeichnen würde.

32 Beide Wissenschaftler hatten wesentliche Bausteine einer wohlfahrtsstaatlichen Konzeption erarbeitet, wobei Keynes wohlfahrtsstaatliche Interventionen makroökonomisch, Pigou mikroökonomisch begründete.

33 Dem »konstitutionellen Liberalismus« sind neben dem erwähnten deutschen (bzw. kontinentaleuropäischen) Ordoliberalismus insbesondere die vom amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträger James Buchanan entwickelten »Constitutional Economics« zuzurechnen. Zu den Parallelen der beiden Forschungsprogramme vgl. Vanberg (1988).

menordnung), der »wohlfahrtsstaatliche Liberalismus« hingegen weitreichende, insbesondere umverteilungspolitisch motivierte Eingriffe in das Marktgeschehen vorsieht, argumentieren die Anhänger des »konstitutionellen Liberalismus«, daß es nicht um die Quantität, sondern um die Qualität der staatlichen Einflußnahme gehe. In dieser unterschiedlichen Einschätzung staatlicher Interventionen ist zugleich die Scheidelinie zwischen den zwei skizzierten »Neoliberalismen« zu sehen: auf der einen Seite Ablehnung jeglicher staatlicher Einflußnahme im »free-market liberalism«, auf der anderen Seite Forderung nach einer rahmensetzenden Politik in der Konzeption des »konstitutionellen Liberalismus«. Während im Mittelpunkt der ursprünglichen Konzeption des Neoliberalismus die Erkenntnis stand, daß es eines institutionell eingebundenen Wettbewerbs bedarf, um den Wettbewerb in den Dienst der Konsumentensouveränität zu stellen, ist die aktuelle Neoliberalismus-Diskussion von der Idee eines »unhampered market«, eines ungezügelten Marktes, wie ihn die Vertreter des »free-market liberalism« fordern, geprägt.<sup>34</sup>

Ein Vergleich von Abbildung 1 mit Abbildung 2 weist auf eine weitere Problematik hin. Beide Darstellungen beziehen sich auf die Systematik von Helmut Becker. Während Abbildung 1 sich auf den Neoliberalismus im engeren Sinne bezieht, werden in Abbildung 2 verschiedene liberale Strömungen dargestellt, die in der Abgrenzung von Becker (1965,37-41) in einem weiteren Sinne - aus heutiger Sicht äußerst mißverständlich - als »neoliberal« bezeichnet werden.<sup>35</sup> Demnach konnten die - im Hinblick auf die Ökonomismus-Kritik sich diametral entgegenstehenden - Konzeptionen des »soziologischen Liberalismus« und des »Paläoliberalismus«<sup>36</sup> beide dem Neoliberalismus zugeordnet werden, was auch früher schon Irritationen hervorrief. So beklagte Alexander Rüstow mit Blick auf die Konzeption Ludwig von Mises', daß der Neoliberalismus von einigen Leuten irrtümlicherweise als Konzeption verstanden werde, die »nur die ökonomischen Dinge« in Betracht ziehe, obwohl sich der Neoliberalismus vom Paläoliberalismus doch gerade dadurch unterscheidet, »daß er nicht wie der Paläoliberalismus alles nur auf wirtschaftliche Größen bezieht« (Rüstow 1961/63,73).<sup>37</sup> Eine Verengung des Neoliberalismus-Begriffs auf die marktradikale Position des »free-market liberalism« hat jedoch erst in der neueren Diskussion stattgefunden.

---

34 Zur Abgrenzung von »free-market-liberalism« und »constitutional liberalism« siehe ausführlich Vanberg (1999).

35 Zum Neoliberalismus zählt Becker (1965, 39) erstens den Alt- bzw. Paläoliberalismus (deren Vertreter Becker mißverständlich als »Neo-Klassiker« bezeichnet), zweitens - als »Gegenpol« — den Sozialliberalismus der »Keynes- und Oxford-Liberalen« und drittens den Ordoliberalismus. Die Chicago-Schule rechnet Becker dem weiteren Umfeld des Neoliberalismus zu (ebd., 36).

36 Das gleiche gilt für die noch weiter außen stehende wohlfahrtsstaatliche Konzeption Keynes' und Pigous. Allerdings räumt Becker (1965, 37) selber ein, daß diese Zuordnung sehr strittig ist.

37 Die Kritik Wilhelm Röpkes zielt in die gleiche Richtung, wenn auch Röpke den Begriff von vorneherein als problematisch ansah und ihn als »nicht unbedenklichen Notbehelf« bezeichnete (Röpke 1950/79,142).

#### 4. Ausblick: Überwindung des Neoliberalismus durch Rückbesinnung auf den Neoliberalismus?

Die Ausführungen über die »zwei Neoliberalismen« lassen ein wesentliches Defizit der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Diskussion erkennen. Der heute viel gepriesene »neue Dritte Weg« (bzw. Politik der »neuen Mitte«)<sup>38</sup> versteht sich nicht nur als Alternative zum interventionistischen Politikverständnis der »alten Linken«, sondern insbesondere auch als Alternative zum »marktgläubigen« Neoliberalismus der »neuen Rechten« (Giddens 1998). Dabei gerät systematisch aus dem Blick, daß der Neoliberalismus ursprünglich eine Konzeption darstellte, die genau das gleiche Ziel verfolgte: die Überwindung der »ökonomischen Einengung« (Röpke 1944/79,50) des alten, historischen Wirtschaftsliberalismus, der im libertären »free-market liberalism« eine Fortführung erfährt.

Die Unkenntnis über die Existenz der zwei unterschiedlichen »Neoliberalismen« hat zur Folge, daß heute bereits bekannte Lösungswege nochmals neu hergeleitet werden. Angesichts der Identität der Ausgangsfrage überrascht es nicht, daß die Konzeption des »neuen dritten Weges« von Giddens deutliche Parallelen zum Ordoliberalismus aufweist.<sup>39</sup> Beide Konzeptionen verstehen sich als Alternative zu den beiden in Abbildung 2 skizzierten Extrempositionen. Und in beiden Fällen wird betont, daß es sich nicht um irgendeine Kompromißformel handle - eine »Politik der Mittelwege«, wie Eucken (1952/90,140) es nennt -, sondern um einen Ansatz, der über die bisherigen Alternativen »hinausgeht« (Giddens 1998, 70).<sup>40</sup> Es gehe nicht darum, viel oder wenig Staat zu fordern, sondern einen Staat, der eine wohldurchdachte Politik betreibt.<sup>41</sup> Giddens versteht hierunter einen Staat, der eine produktive Nutzung der Ressourcen des Landes - insbesondere des Human- und Sozialkapitals - unterstützt (»social investment state«; Giddens 1998,99-128).

Allerdings übernimmt Giddens nicht die institutionenökonomische Anreizanalyse und die daraus resultierende Forderung nach einer Gestaltung der insti-

---

38 Neben dem (von Anthony Giddens beratenen) britischen Premier Tony Blair spielt der Begriff des »dritten Weges« eine erhebliche Rolle in der politischen Rhetorik zahlreicher weiterer Staatsmänner, insbesondere beim US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, dem brasilianischen Staatspräsidenten Fernando Henrique Cardoso, dem italienischen Ministerpräsidenten Massimo d'Alema sowie dessen Vorgänger und heutigen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (sowie sein konservativer Amtskollege in Spanien Jose Maria Aznar) bevorzugen den Begriff der »neuen Mitte«

39 Es fügt sich in dieses Bild ein, daß auch die Ordoliberalen ihre Konzeption ursprünglich als »dritten Weg« bezeichneten (vgl. Röpke 1942/79, 284-297- 1944/79 284-297- Rüstow 1949, 128-138; 1945/50, 90f, auch Eucken 1942, 37). Später setzte sich dann allgemein die von Müller-Armack (1947/99) geprägte Formel der »Sozialen Marktwirtschaft« durch, während der Begriff des dritten Weges zunehmend für die Idee eines Weges zwischen Ost und West, d. h. für einen Kompromiß aus Markt- und Planwirtschaft, vereinnahmt wurde.

40 Vgl. hierzu Giddens: »The neoliberals want to shrink the state; the social democrats, historically, have been keen to expand it. The third way argues that what is necessary is to reconstruct it - to go beyond those on the right 'who say government is the enemy', and those on the left 'who say government is the answer'«(Giddens 1998,70).

41 Vgl. hierzu Eucken (1951, 72): »Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit, diese Frage geht am Wesentlichen vorbei. Es handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem.«

tutionellen Rahmenordnung. Eine bewußte Rückbesinnung auf die neoliberalen Vorarbeiten könnte daher einen fruchtbaren Beitrag zur Entwicklung einer modernen Politikkonzeption leisten, die durch ihre Positionierung »jenseits von links und rechts« (Giddens 1994/97) eine hohe Konsensfähigkeit verspricht. Vielversprechend erscheint der Ansatz von Andre Habisch (1998), der sich als Synthese von Ordoliberalismus der Freiburger Schule und soziologischem Liberalismus interpretieren läßt. Habisch überträgt die Idee der »Politik der Wettbewerbsordnung« (Eucken) auf die nicht-wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft. Im Mittelpunkt einer so verstandenen »Gesellschaftsordnungspolitik« (ebd., 224) steht die anreizkonforme Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen für einen sozial produktiven - Sozialkapital fördernden statt zerstörenden - Wettbewerb.<sup>42</sup> Eine Möglichkeit hierfür wird in der Schaffung dezentraler, wettbewerblich-föderaler Strukturen im politischen und insbesondere im Bereich sozialer Organisationsformen gesehen.<sup>43</sup>

Solche Überlegungen sind ein Schritt, um den Neoliberalismus - im Sinne eines »konstitutionellen Liberalismus« bzw. einer modernen Institutionenökonomik - wieder in der Form in Erscheinung treten zu lassen, die er ursprünglich besaß: als eine zeitlose und überparteiliche Gesellschaftstheoriejenseits von »Marktfundamentalismus« und »interventionistischem Wohlfahrtsstaat«, die auch im 21. Jahrhundert der Politik Orientierung zu geben vermag.<sup>44</sup>

## Literatur

- BECK, Ulrich (1997). Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf die Globalisierung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- BECKER, Helmut Paul (1965). Die Soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik. Heidelberg: EH. Kerle Verlag.
- BELLAH, Robert N. / Richard MADSEN / William SULLIVAN / Anne SWIDLER / Steven M. TIPTON (1991). The Good Society. New York: Knopf.
- BÖCKENFÖRDE, Emst-Wolfgang (1998). Kein Spiel ohne Grenzen. Die politische Meinung, Heft 3/98. S. 5-13.
- DAHRENDORF, Ralf (1999). Ein neuer Dritter Weg? Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. Walter Eucken Institut, Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Bd. 158. Tübingen: Mohr Siebeck.
- DIE GRUPPE VON LISSABON (1995/97). Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung

42 Habisch (1998) spricht in diesem Zusammenhang von der »Konkurrenz der konkurrenzfreien Räume«.

43 Als Beispiel wird unter anderem ein Projekt genannt, bei dem eine New Yorker Schule in kleinere (föderale) Einheiten unterteilt wurde, was dazu führte, daß sich die Partizipation der Eltern am Schulgeschehen und - damit verbunden - die schulischen Leistungen der Kinder verbesserten (Habisch 1998, 223).

44 Für eine solche vorwärtsgerichtete Interpretation des Ordoliberalismus siehe auch Pies (1998) und Renner (1998).

- und die Zukunft der Menschheit. München: Luchterhand [engl. Original: THE GROUP OF LISBON. Limits to Competition. Cambridge (MA): The MIT Press].
- EUCKEN, Walter (1942). Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, in: Günter SCHMÖLDERS (Hg.), Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Berlin- Duncker & Humblot. S. 29-49.
- EUCKEN, Walter (1951). Die Entwicklung des ökonomischen Denkens, in: Walter EUCKEN, Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik. Tübingen: Mohr Siebeck. S. 59-72.
- EUCKEN, Walter (1952/90). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 6. durchgesehene Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- FORRESTER, Viviane (1996/97). Der Terror der Ökonomie. Wien: Zsolnay. [Französisches Original: L'horreureconomique].
- GIDDENS, Anthony (1994/97). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. [Englisches Original: Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics. Cambridge: Polity Press].
- GIDDENS, Anthony (1998). The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Cambridge: Polity Press. [Deutsche Übersetzung: Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. M: Suhrkamp].
- GROSSEKETTLER, Heinz (1997). Die Wirtschaft als Gestaltungsaufgabe. Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft. Münster/Hamburg: Lit-Verlag.
- HABISCH, Andre (1998). Die Konkurrenz, der konkurrenzfreien Räume: Sozialkapital und die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften, in: Andreas RENNER / Friedrich HINTERBERGER (Hg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 217-227.
- HAYEK, Friedrich August von (1973/93). Law, Legislation and Liberty. A New Statement of the Liberal Principles of Justice and Political Economy, Vol. 1, Ruies and Order. London: Routledge.
- HAYEK, Friedrich August von (1963/94). Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg, in: Friedrich August von HAYEK (1969/94). Freiburger Studien. 2. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck. S. 1-17. [Erstveröffentlichung: Freiburger Universitätsreden, N.F., Heft 34. Freiburg: Ferdinand Schulz].
- HAYEK, Friedrich August von / Hugo SIEBER / Ernst TUCHTFELDT / Hans WILLGERODT (1979). Wilhelm Röpke - Einleitende Bemerkungen zur Neuauflage seiner Werke, in: Wilhelm RÖPKE (1937/79). Die Lehre von der Wirtschaft, 12. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt. S. V-XLIII.
- HERKNER, Heinrich (1925). Sozialpolitischer Liberalismus, in: M.J. BONN / M.PALYI (Hg.), Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano.

München / Leipzig: Duncker & Humblot. S. 35-52.

LANGE-VON KULESSA, Jürgen / Andreas RENNER (1998). Die Soziale Marktwirtschaft Alfred Müller-Armacks und der Ordoliberalismus der Freiburger Schule - Zur Unvereinbarkeit zweier Staatsauffassungen. ORDO, Bd. 49. S.79-104.

LIPPMANN, Walter (1936/45). The Good Society. Boston: Little, Brown and Co.  
Deutsche Übersetzung: Walter LIPPMANN (1945). Die Gesellschaft freier Menschen. Bern: Francke.

MARTIN, Hans-Peter/Harald SCHUMANN (1996). Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek (Hamburg): Rowohlt.

MOELLER, Hero (1950). Liberalismus. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 162. S. 214-238.

MÖTTELI, Carlo (1961). Licht und Schatten der Sozialen Marktwirtschaft. Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.

MÜLLER-ARMACK, Alfred (1947/99). Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. 2. Auflage. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen.

MÜLLER-ARMACK, Alfred (1950). Deutung unserer gesellschaftlichen Lage. Zu Wilhelm Röpkes Trilogie: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Civitas Humana, Internationale Ordnung. ORDO, Bd. 3. S. 253-267.

MÜLLER-ARMACK, Alfred (1960/76). Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik. In: Alfred MÜLLER-ARMACK (1966/76), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. 2. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt. S. 267-291. [Erstveröffentlichung (1960). Köln: Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln].

NAWROTH, Egon Edgar (1961). Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neo liberalismus. Heidelberg/ Löwen: F.H. Kerle/E. Nauwelaerts.

Pies, Ingo. (1998). Liberalismus und Normativität. Zur Konzeptualisierung ökonomischer Orientierungsleistungen für demokratische Politikdiskurse, in: Paul KLEMMER / Dorothee BECKER-SOEST / Rüdiger WINK (Hg.), Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Baden-Baden- Nomos. S. 45-78.

POPPER, Karl (1944/87). Das Elend des Historizismus. Tübingen: Mohr Siebeck.

RENNER, Andreas (1998). Zukunftsfähiges Deutschland und Ordoliberalismus der Freiburger Schule - zwei gegensätzliche Welten?, in: Andreas RENNER / Friedrich HINTERBERGER (Hg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 93-116.

RIESE, Hajo (1972). Ordnungsidee und Ordnungspolitik - Kritik einer wirtschaftspolitischen Konzeption. Kyklos, 25. S. 24-48.

RÖPKE, Wilhelm (1942/79). Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. 6. Auflage. Bern /

- Stuttgart: Paul Haupt.
- RÖPKE, Wilhelm (1944/79). *Civitas humana*. 4. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt.
- RÖPKE, Wilhelm (1950/79). *Maß und Mitte*. 2. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt.
- RÖPKE, Wilhelm (1955). Alexander Rüstow zum 8. April 1955, in: Gottfried EISERMANN (Hg.), *Wirtschaft und Kultursystem*. Erlenbach-Zürich- Eugen Rentsch. S. 12-22.
- RÖPKE, Wilhelm (1958/79). *Jenseits von Angebot und Nachfrage*. 5. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt.
- RÜSTOW, Alexander (1945/50). *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. 1. Auflage. Bad Godesberg: H. Küpper vormals G. Bondi.
- RÜSTOW, Alexander (1949). *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus* ORDO Bd. 2. S.100-169.
- RÜSTOW, Alexander (1952/63). Ortsbestimmung der Gegenwart. Vortrag, gehalten im Radio Bern am 26. Oktober 1952, in: Alexander RÜSTOW, *Rede und Antwort*. Ludwigsburg. S. 259-274.
- RÜSTOW, Alexander (1960/63). *Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit*, in: Alexander RÜSTOW, *Rede und Antwort*. Ludwigsburg: Martin Hoch. S. 76-91 [Erstveröffentlichung: AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (Hg), *Was wichtiger ist als Wirtschaft*. Tagungsprotokoll, 15. Ludwigsburg: Martin Hoch S. 7-31].
- RÜSTOW, Alexander (1961/63). *Die staatspolitische Krise unserer Gesellschaft*, in: Alexander RÜSTOW, *Rede und Antwort*. Ludwigsburg: Martin Hoch: S. 76-91 [Erstveröffentlichung: AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (Hg), *Politik für uns alle oder für die Interessenten?* Tagungsprotokoll, 16. Ludwigsburg: Martin Hoch].
- SCHICK, Gerhard/Andreas RENNER (2000). *Liberalismus versus Kommunitarismus - ein falsches Gegensatzpaar?*, in: Klaus BECKMANN / Thomas MOHRS / Martin WERDING (Hg.). *Individuum versus Kollektiv - der Kommunitarismus als »Zauberformel«?* Frankfurt a.M.: Peter Lang. S. 187-221.
- STRUBL, Gerhard (1954). *Die Staatsauffassung des Neoliberalismus*. Dargestellt am Staatsdenken von Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Dissertation. Tübingen: Eigenverlag.
- ULRICH, Peter (1995). *Die Zukunft der Marktwirtschaft: neoliberaler oder ordoliberaler Weg ? Eine wirtschaftsethische Perspektive*, in: F. PAYCHERE / INTERNATIONAL ASSOCIATION FOR THE PHILOSOPHY OF LAW AND SOCIAL PHILOSOPHY (Hg.), *Herausforderungen an das Recht am Ende des 20. Jahrhunderts*. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft, 62. Stuttgart. S. 33-52. ULRICH, Peter (1997). *Wider die totale Marktgesellschaft. Zur Ideologiekritik des neoliberalen Ökonomismus aus der Perspektive der integrativen Wirtschaftsethik*. Institut für Wirtschaftsethik. Beiträge und Berichte, Nr. 78. Sankt Gallen: Eigenverlag.

- ULRICH, Peter (1999). Zum Primat der Politik vor der Logik des Marktes. In: NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT (Hg.). Die Schweiz unter Globalisierungsdruck. Staatliches Handeln mit und gegen wirtschaftliche Logik. Jahrbuch »Die Schweiz« 1999/2000. Aarau / Frankfurt a. M. / Salzburg: Sauerländer. S.51-61.
- VANBERG, Viktor (1988). «Ordnungstheorie« äs Constitutional Economics. The German Conception of a «Social Market Economy«. ORDO, Bd. 39. S. 17—31.
- VANBERG, Viktor (1999). Markets and Regulation. On the Contrast Between Free-Market Liberalism and Constitutional Liberalism. Constitutional Political Economy, Vol. 10. S. 219-243.
- WEIZSÄCKER, Carl Christian von (1999). Logik der Globalisierung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- WEIZSÄCKER, Ernst Ulrich von (1998). Zukunftsfähigkeit und Wettbewerb: fünf Thesen, in:  
 Andreas RENNER / Friedrich HINTERBERGER (Hg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 29<sup>^</sup>13.

## Zusammenfassung

Eine Differenzierung zweier »Neoliberalismen« erscheint für eine rationale Diskussion der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar. In der aktuellen Diskussion wird Neoliberalismus regelmäßig gleichgesetzt mit einem blind auf Marktlösungen vertrauenden »Marktfundamentalismus« und gilt als der Gegenpol zur wohlfahrtsstaatlichen Konzeption der traditionellen Sozialdemokratie. Ursprünglich jedoch wurde unter Neoliberalismus etwas anderes verstanden: Der Neoliberalismus-Begriff wurde in den 1930er Jahren eingeführt, um die Arbeiten einer Gruppe von Wissenschaftlern zu kennzeichnen, welche die theoretischen Grundlagen für eine »geläuterte«, nicht »ökonomistisch verengte« Marktwirtschaft (der späteren Sozialen Marktwirtschaft) schufen: Er umfaßt den Ordoliberalismus der Freiburger Schule Walter Euckens und Franz Böhms, den soziologischen Liberalismus Wilhelm Röpkes, Alexander Rüstows und Alfred Müller-Armacks sowie (in einer weiten Abgrenzung) den evolutorischen Liberalismus Friedrich August von Hayeks. Damit ist die paradoxe Situation entstanden, daß die heutigen Kritiker der Neoliberalismus - zumeist unwissentlich - jene Ökonomismus-Kritik aufgreifen, die vor 50 Jahren von einer Gruppe von Ökonomen entwickelt wurde, die sich selbst als »neoliberal« bezeichneten.

Die Anschrift des Autors: Andreas Renner  
 % Walter Eucken Institut, Goethestraße 10, 79100 Freiburg

-----



Anmerkung von T.A. Nächste Seite  
Anmerkungen vom Abschreiber:

a) Ich habe mit Hilfe eines Scanners den Text übertragen. Die Einfügung der Fußnoten war sehr mühsam. Ich hoffe dabei keine Fehler gemacht zu haben. Ich hoffe auch keine Lesefehler des Texterkennungsprogrammes übersehen zu haben. Bei wissenschaftlichen Arbeiten empfehle ich den Rückgriff auf das Original oder die Zweitveröffentlichung in Fragen der Freiheit.

[www.sffo.de](http://www.sffo.de)

b) Ich selber haben die Arbeit von Andreas Renner mit Gewinn gelesen. Und wie man den Verweisen und der umfangreichen Literaturliste ansieht, hat er sich ja wirklich bemüht seine Beweisführung auf eine breite Basis zu stellen. Wenn man von den Quellenangaben „Protokolle der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 15 und 16“ bei Rüstow absieht, die ja entstanden sind, als die Freiwirte schon aus ihrer Gründung heraus gedrängt worden waren, gibt es keinen Hinweis auf die Mitautorenschaft der Freiwirtschaftler für die Soziale Marktwirtschaft in der ursprünglichen Konzeption. Dies ist wieder ein Indiz für eine enorme Verdrängungsleistung der Sozialwissenschaften. Ich habe bewußt diese Aussage nicht auf Wirtschaftswissenschaft eingeeengt, weil die Handlungswissenschaften - eine Bezeichnung von Werner Maihofer für die SoWi - insgesamt für den Vorgang verantwortlich sind. Wenn die Sozialwissenschaftler für den daraus entstandenen Schaden haften müßten, könnten sie sich alle ein Strick nehmen.

Um die Lücke etwas auszugleichen, empfehle ich den nachfolgend benannten Sonderdruck der *Fragen der Freiheit* zu lesen:

## Freiheit - Oder?

Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung

und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“

Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

von Ernst Winkler

Otto Lautenbach war der Initial-Gründer der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) und hat mit Ludwig Erhard bis zu seinem Tode in der Zeitschrift „Währung“ zusammengearbeitet. Wolfgang Frickhöffer, der langjährige Geschäftsführer der ASM war sozu-

sagen Schüler von Lautenbach. Er hat dann aber mangels Resonanz seine freiwirtschaftlichen Erkenntnisse in dem „Unternehmen“ ASM nur noch gelegentlich in einem Satz zwischen vielen Zeilen für Kenner erkennen lassen. Zeitweilig habe ich Frickhöffer für einen der vielen politischen Konjunkturritter gehalten. Das Urteil ist aber ungerecht. Er hat sich wohl nur so verhalten wie viele AbgeordnetInnen, die auch spezielle Erkenntnisse - und seien sie noch so wichtig - in die Ablage für Vorgänge, die aufgrund von Unverständnis der Fraktion zur Zeit nicht bearbeitet werden können, legen. Ich bin Frickhöffer in zwei Tagungen in Iserlohn und Loccum begegnet. Als er starb fand sich Bundesprominenz zur Trauerfeier ein. Wenn ich Berichte richtig in Erinnerung habe, ist kein Wort von seiner politisch-wissenschaftlichen Ausgangslage und dem Ursprung der ASM gesprochen worden.

Ernst Winkler selbst hat sein Arbeitspapier „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“ 1952 als Buch veröffentlicht (199 Seiten). Er berichtet also in „Freiheit - Oder? auf dem Hintergrund eigener Theoriearbeit und der unmittelbaren Erfahrung als Mitwirker in der ASM.

Ich habe das Kapitel IV „Ringens um die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft“ - die Seiten 56 - 82 - in den Anhang III zu meinem Brief „Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und (Bürger-)Frieden“ vom Februar 2003 gestellt. Unter [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) ist der Text einsehbar.

c) Verführt durch die Literaturliste von Andreas Renner habe ich nach geschaut, ob unter meinen Bänden der ASM-Protokolle der Band 15 ist. Ja das Protokoll über die Tagung mit dem Thema „Was ist wichtiger als Wirtschaft“ liegt mir vor. Als ich den Beitrag von Alexander Rüstow gelesen hatte, habe ich gedacht: „Hier hat doch 1960 ein Neoliberaler für die IWF-Kritiker und Globalisierungsgegner von heute geredet. Der Beitrag von Rüstow gehört in diesen Anhang. Auf Wilhelm Röpke bist Du schon bei einer anderen Gelegenheit eingegangen und Frickhöffer stellst Du mit mit einem Auszug vor“. Schon diese beiden Texte machen klar, daß die Klagen von heute, die Klagen von gestern sind. Rüstow sieht auch den Widerspruch zwischen einer marktwirtschaftlichen und demokratischen Ordnung und die zentralistischen Großgebilde in der Wirtschaft. Charls Reich (geb. 1928, Prof. für Rechtswissenschaft an der Yale-Universität) beklagt diesen Widerspruch ebenfalls in seinem Buch „Die Welt wird jung“, 1971. Es folgen hier also noch der Vortrag von Rüstow und der Auszug von Frickhöffer.

Tristan Abromeit / 17. 5. 03

AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

TAGUNGSPROTOKOLL NR. 15

ALEXANDER RÜSTOW • WILHELM RÖPKE

GÖTZ BRIEFS • HANS HERMANN WALZ

ULRICH VON PUFENDORF • WOLFGANG FRICKHOFFER

# Was wichtiger ist als Wirtschaft

Vorträge auf der fünfzehnten Tagung  
der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 29. Juni 1960 in Bad Godesberg

MARTIN HOCH DRUCKEREI UND VERLAGSGESELLSCHAFT  
LUDWIGSBURG

(Ein Artikel und ein Auszug / Abschrift Tristan Abromeit / 17. 5. 2003

Professor Dr. Alexander Rüstow:

## WIRTSCHAFT ALS DIENERIN DER MENSCHLICHKEIT

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Tagung unserer Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ihr zahlreiches Erscheinen beweist schon, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß es Dinge gibt, die „wichtiger sind als Wirtschaft“, und daß Sie mit uns von der Wichtigkeit dieser Dinge durchdrungen sind.

Seit unsere Aktionsgemeinschaft besteht, ist ihr und dem von ihr vertretenen Neoliberalismus immer wieder der Vorwurf gemacht worden, wir überschätzten die Wirtschaft, wir hielten die Wirtschaft und den Markt für das eigentliche Zentrum menschlicher Dinge, wir seien der Meinung, daß der Mensch im wesentlichen ein Wirtschaftsmensch sei. Dieser Vorwurf ist, wie wir im einzelnen noch sehen werden, denkbar ungerecht und unberechtigt. Aber auch die unberechtigtsten Vorwürfe haben natürlich irgendwelchen Grund, sind natürlich auf irgendeine Weise entstanden. Bei diesem Vorwurf ist der Nachweis der Entstehung relativ leicht.

Der Paläoliberalismus, d. h. jener Wirtschaftsliberalismus, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand und das 19. Jahrhundert weitgehend beherrschte, hatte in der Tat Strömungen und Vertreter, auf die dieser Vorwurf zutraf. Da nun leider heutige Vertreter jenes Paläoliberalismus sich

neoliberal nennen, obwohl unser Neoliberalismus ja gerade im Gegensatz und in Abgrenzung gegen jenen Altliberalismus, gegen jenen Paläoliberalismus entstanden ist, trägt das natürlich sehr dazu bei, eine Verwechslung zu begünstigen. Das hat den Effekt, daß die Vorwürfe, die gegen den alten Liberalismus berechtigt sind und die gerade wir als die ersten gegen den Paläoliberalismus erhoben haben, ja, auf Grund deren wir die Abgrenzung gegen den Paläoliberalismus zur Grundlage unseres Neoliberalismus gemacht haben, - daß diese Vorwürfe zu Unrecht gegen uns erhoben werden.

Die Vorwürfe, die die Kirchen gegen den Paläoliberalismus erheben, die Vorwürfe, die überhaupt idealistisch eingestellte Menschen mit Recht gegen den Paläoliberalismus erheben, sind, wie Sie im einzelnen noch sehen werden, genau dieselben Vorwürfe und dieselben Kritiken, die für uns den Ausgangspunkt unserer Scheidung gegenüber dem alten Liberalismus, gegenüber dem Paläoliberalismus, bilden.

Unsere Betonung der überwirtschaftlichen Werte ist mit aller Entschiedenheit neuerdings auch wieder von unserem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ausgesprochen worden. Er hat es auf dem Parteitag, der vor einigen Monaten stattfand, geradezu zum Zentrum seiner Betrachtung gemacht, daß es auch für die Wirtschaft um überwirtschaftliche, um höhere Werte gehe, und daß die Wirtschaft in den Dienst dieser höheren Werte gestellt werden müsse.

Sein wichtiger Mitarbeiter, mein Kollege Müller-Armack, hat gerade jetzt eine Schrift veröffentlicht, die eigens diesem Nachweis gewidmet ist. Es sei höchste Zeit, daß die Soziale Marktwirtschaft in eine neue Phase einträte, so formuliert er es - er hat ja seinerzeit den Ausdruck „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt - nämlich eine Phase, für die ein neues Leitbild der Gesellschaft, und zwar der Gesellschaft im ganzen, nicht nur des Wirtschaftssektors der Gesellschaft, notwendig und zentral sei.

Wir sind der Meinung, daß es unendlich viele Dinge gibt, die wichtiger sind als Wirtschaft. Familie, Gemeinde, Staat, alle sozialen Integrationsformen überhaupt bis hinauf zur Menschheit, ferner das Religiöse, das Ethische das Ästhetische, kurz gesagt, das Menschliche, das Kulturelle überhaupt. Alle diese großen Bereiche des Menschlichen sind wichtiger als die Wirtschaft. Aber sie alle können ohne die Wirtschaft nicht existieren; für sie alle muß die Wirtschaft das Fundament, den Boden bereiten. *Primum vivere, deinde philosophari*. Wenn die Wirtschaft nicht dafür sorgt, daß die materiellen Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens gegeben sind, können alle diese Dinge sich nicht entfalten. Das heißt, alle diese überwirtschaftlichen Dinge haben Forderungen an die Wirtschaft zu stellen. Die Wirtschaft hat diese Forderungen zu erfüllen, sie hat sich in den Dienst dieser Forderungen zu stellen. Es ist der eigentliche Zweck der Wirtschaft diesen überwirtschaftlichen Werten zu dienen.

Daraus folgt innerhalb des Eigenbereichs der Wirtschaft sehr vieles. Es folgt daraus vor allem, daß die Wirtschaft ihrerseits nicht Formen annehmen darf die mit jenen überwirtschaftlichen Werten unvereinbar sind.

Darauf beruht ganz wesentlich unser Widerspruch gegen die Planwirtschaft.

Es hat sich erwiesen, und es läßt sich auch grundsätzlich nachweisen, daß die Planwirtschaft mit Notwendigkeit in dem Maße, wie sie sich entwickelt mit totalitärer Diktatur gekoppelt ist. Eine totale Planwirtschaft läßt sich anders als mit totalitärer Diktatur überhaupt nicht durchführen und ist nie anders durchgeführt worden. Da wir aus sehr grundlegenden überwirtschaftlichen Gründen die Diktatur ablehnen, müssen wir aus denselben überwirtschaftlichen Gründen auch die Planwirtschaft ablehnen.

Wenn wir mit Leidenschaft für die Wirtschaftsfreiheit eintreten, so tun wir das in allererster Linie eben deshalb, weil die Wirtschaftsfreiheit die notwendige, die unentbehrliche Grundlage der politischen Freiheit, der menschlichen Freiheit ist, d. h. also im Dienst der Menschenwürde. Es ist keineswegs so daß wir in die Marktwirtschaft als solche aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen verliebt wären, sondern wir bejahen die Marktwirtschaft mit allem Nachdruck und mit allem Einsatz eben deshalb, weil sie die unentbehrliche Grundlage eines so hohen überwirtschaftlichen Wertes wie der Freiheit ist.

Man hat uns auch den Vorwurf gemacht, den man gelegentlich in die ironische Bezeichnung „Modelltischler“ kleidet, wir seien in das Modell der Marktwirtschaft so verliebt, daß wir nur deshalb meinten, ein so schönes Modell müsse nun auch unbedingt verwirklicht werden, die Wirtschaft müsse sich nach diesem Modell richten.

Es ist wahr, daß die Marktwirtschaft, die Wirtschaft der Leistungskonkurrenz, von allen Wirtschaftsformen als einzige modellfähig ist, daß sich nur von ihr auf Grund des Automatismus der Marktgesetze ein Modell machen läßt, an dem sich Wirkung und Gegenwirkung im voraus klarstellen und infolgedessen entsprechende Folgerungen für die Praxis der Wirtschaftspolitik ziehen lassen. Diese Modellfähigkeit der Marktwirtschaft ist tatsächlich ein großer Vorteil. Die anderen Wirtschaftsformen haben diese Fähigkeit nicht und tappen deshalb bei ihren Maßnahmen sehr viel stärker im Dunkeln. Ganz besonders gilt das paradoxerweise für die Planwirtschaft, von der man an sich das Gegenteil annehmen sollte. Bekanntlich treten gerade bei der Planwirtschaft immerfort unerwartete Wirkungen auf, die sie, weil sie kein eigenes Modell hat, nicht im voraus ablesen kann. Die Planwirtschaft hat nicht den Vorteil der Modellfähigkeit. Aber dieser Vorteil, so groß er theoretisch und praktisch ist, würde selbstverständlich niemals den Ausschlag für die Wahl zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft geben, sondern ist nur ein zuzüglicher Vorteil der Marktwirtschaft.

Ein sehr grundlegender wirtschaftlicher Vorteil der Marktwirtschaft ist ihre überlegene Produktivität. Es ist gar kein Zweifel, daß von allen überhaupt zur Wahl stehenden Wirtschaftsformen die Marktwirtschaft die bei weitem produktivste ist. Das hat sich in der Praxis immer wieder erwiesen. Unsere deutsche Wirtschaftsentwicklung in den letzten zwölf Jahren hat diesen Beweis wieder einmal in einer Weise erbracht, die die Welt als Wunder anstaunt. Der gleiche Beweis läßt sich aber auch theoretisch und grundsätzlich führen.

Nun sagt man: „Da sieht man wieder, wie materialistisch ihr seid; ihr setzt

eben die höchste Produktivität als letzten Wert und entscheidet euch wegen dieser höchsten Produktivität für die Marktwirtschaft!" - Auch das ist gar nicht wahr. Wir müßten bereit sein und wären bereit, für das aus überwirtschaftlichen Gründen vorzugswürdige Wirtschaftssystem auch dann einzutreten, wenn es weniger produktiv wäre als andere. Wir wären bereit und müßten bereit sein, dafür auch wirtschaftliche Opfer zu bringen. Es ist eine große Gnade, daß überraschenderweise diese Opfer gar nicht von uns verlangt werden, daß vielmehr das produktivste Wirtschaftssystem zugleich auch das im Dienst höherer Werte, insbesondere im Dienst der Freiheit, notwendige ist.

Außerdem hat der Einwand, daß es materialistisch sei, nach einem Maximum an Produktivität zu streben, auch etwas leicht Snobistisches. So lange, als weder in unserem eigenen Bereich und noch viel weniger in der Welt draußen dafür gesorgt ist, daß alle Menschen das Existenzminimum gesichert haben, ist die Steigerung der Produktivität eine überwirtschaftliche Forderung, eine soziale Forderung, eine ethische Forderung, und nicht nur ein bloß materielles Mehr-haben-wollen.

Es wird noch sehr lange dauern, und es wird noch sehr großer Anstrengungen bedürfen, bis man mit der Unterernährung, dem Hunger und dem Elend draußen in der Welt fertig wird, bis die gesamte Produktivität der Wirtschaft für die Menschheit so groß geworden ist, daß kein Elend, kein Hunger mehr in der Welt existiert. Bis dahin ist die Forderung nach Produktivitätssteigerung eine soziale Forderung, eine ethische Forderung, eine überwirtschaftliche Forderung an die Wirtschaft. Von der Wirtschaft wird hier verlangt, daß sie das ihrige dazu tut, um allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen - also eine durchaus überwirtschaftliche Forderung und weit davon entfernt, materialistisch zu sein.

Diese Überlegung spielt im übrigen auch in das Problem der Arbeitszeitverkürzung hinein. An und für sich ist das Streben nach Arbeitszeitverkürzung schon ein Bekenntnis zu überwirtschaftlichen Werten. Wenn man rein materialistisch auf „mehr, noch mehr, immer noch mehr“ eingestellt wäre, wie es einmal ein amerikanischer Gewerkschaftler als sein Programm formuliert hat, dann dürfte man die Arbeitszeit ja nicht verkürzen, sondern müßte immer mehr, immer noch mehr herausarbeiten, die Löhne erhöhen, die Lebenshaltung erhöhen usw.

Wenn statt dessen die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung auf ihr Programm geschrieben haben, so ist das ein Beweis, daß auch sie überwirtschaftliche Werte anerkennen, daß auch für sie die Steigerung des Einkommens kein letztes Ziel ist.

Allerdings kommen hier zwei Probleme ins Spiel. Das eine Problem ist das Problem der Freizeitverwertung. Die Freizeit kann sehr verschieden angewandt werden, und von der Art der Verwendung der Freizeit hängt natürlich ihr Wert ab. Das bloße Frei-von-Arbeit-sein ist eine ganz neutrale Sache. Freizeit kann positiv, kann negativ angewandt werden, und erst in dem Maße, als sie positiv angewandt wird, ist sie wirklich bejahenswert.

Das ist der Grund, warum man die sehr ernsthaften kulturpolitischen Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gar nicht hoch genug anerkennen kann. Gerade heute haben die Gewerkschaften wieder eine dreitägige Konferenz, ein Europa-Gespräch über solche Dinge, in Recklinghausen eröffnet. Ich werde deshalb noch heute abend dort hinfahren, um wenigstens dann noch daran teilnehmen zu können. Denn ich halte gerade diesen Teil der Bestrebungen der Gewerkschaften, der dort mit großem Ernst betrieben wird, für ganz besonders zukunfts wichtig und förderungswert.

Ein zweites Problem in diesem Zusammenhang ist das der Entwicklungsländer und ihrer Notlage. Es ist die Frage, ob wir uns den - an sich durchaus bejahenswerten und überwirtschaftlichen - Luxus der Arbeitszeitverkürzung leisten können ohne jede Rücksicht darauf, daß andere Völker das nicht nur noch nicht können, sondern noch nicht einmal das bare Lebensminimum erreicht haben. Das hängt zusammen mit dem Problem der Hilfe für die Entwicklungsländer überhaupt, das ja gerade jetzt bei uns sehr aktuell ist.

Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang betonen, daß an dem Problem der Hilfe für die Entwicklungsländer sich die Wichtigkeit, das Wirtschaftliche den überwirtschaftlichen Werten unterzuordnen, in ganz besonders deutlicher Weise zeigt. Die Hilfe für die Entwicklungsländer, die schon bisher in sehr erheblichem Umfang stattgefunden hat, insbesondere von seiten der Vereinigten Staaten, hat vielfach zu ganz entgegengesetzten Ergebnissen geführt als denen, die bezweckt und erwartet waren. Man hat sich gutwilliger-, aber kurzsichtigerweise eingebildet, mit der wirtschaftlichen Hilfe sei schon alles getan, und wenn das nicht genüge, müsse man eben die Summen noch steigern. Darüber hat man völlig vergessen, daß es sich auch hier in allererster Linie um überwirtschaftliche Dinge handelt, und daß man mit dem bloßen Betreiben des Wirtschaftlichen ohne Rücksicht auf die höheren Werte weit mehr schaden als nützen kann.

Ein sehr krasses Spitzenbeispiel hat sich gerade jetzt in Japan gezeigt. Die Amerikaner haben für Japan in materieller Hinsicht außerordentlich viel getan. Als Antwort darauf haben sich die Erscheinungen ergeben, die wir leider in den letzten Tagen erlebt haben. Das ist aber nun nicht etwa Undank, der der Welt Lohn ist, sondern das liegt daran, daß die Amerikaner nicht bedacht haben, daß die Zerstörung der traditionellen japanischen Strukturen und Werte, die sie, wie sie meinten, im Interesse der Demokratisierung betrieben haben, katastrophale Folgen haben mußte. Ein Stück dieser katastrophalen Folgen ist das, was wir jetzt erlebt haben.

Das ist um so lehrreicher für das Problem der Entwicklungsvölker, als man ja Japan gar nicht als unterentwickeltes Volk rechnen kann. Japan ist ein Volk von außerordentlicher Kulturhöhe, von einer Kulturhöhe, die lange Zeit der unseren überlegen war. Wenn also selbst in einem Land, das über eine Hochkultur, die der unseren gleichrangig ist, verfügt, eine als Hilfe gemeinte Politik, die die Traditionen und die überlieferten Strukturen zerstört, derartig katastrophale Folgen haben kann, so ist es klar, wieviel katastrophaler es wirken muß, wenn bei der Wirtschaftshilfe an die wirklich noch unterentwickelten Völker, sogenannte Naturvölker, nicht auf die Pflege

und die Weiterentwicklung der traditionellen, eingewurzelten, sozialen, religiösen und ethischen Strukturen Rücksicht genommen wird.

Also auch beim Problem der Hilfe für Entwicklungsvölker handelt es sich in allererster Linie und in übergeordneter Weise um überwirtschaftliche Werte. Die wirtschaftliche Hilfe kann viel mehr schaden als nützen und viel mehr den feindlichen Kräften in die Arme arbeiten, wenn diese überwirtschaftlichen Werte nicht gebührend vorangestellt werden.

Nun zurück zu unseren eigenen Verhältnissen! Gerade wir Neoliberalen und wir hier von der Aktionsgemeinschaft haben von jeher die Wichtigkeit der Vitalpolitik betont, einer Politik, die nicht nur wirtschaftliche Werte, in Ziffern meßbare, in Geldsummen ausdrückbare Werte berücksichtigt, sondern die sich bewußt ist, daß viel wichtiger ist, wie der Mensch sich in seiner Situation fühlt. Dieses Sichfühlen des Menschen in seiner Lebenslage hängt zwar als Grundlage ebenfalls von ökonomischen Dingen ab, aber in weit höherem Maße von überökonomischen Dingen. Daher muß in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik gegenüber Schichten, die eine Hilfe der öffentlichen Hand noch nötig haben, ganz entsprechend wie bei den Entwicklungsländern auf die überwirtschaftliche Seite der allergrößte Wert gelegt werden, wenn die Ziele, die man besten Willens mit dem materiellen Teil der Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt, auch wirklich erreicht werden sollen.

Ich nenne ein anderes Beispiel: die Politik der Monopolbekämpfung. Wir haben in den vergangenen Jahren, wie Sie wissen, sehr große Energie dahingegesetzt, um an unserem Teil dazu beizutragen, daß das Kartellgesetz zur Monopolbekämpfung durchgedrückt wurde. Es ist durchgegangen, leider in einer sehr viel unvollkommeneren Form, als wir es gewünscht hätten. Diese Angelegenheit wird demnächst wieder aktuell werden aus einem Grunde, den wir damals schon vorausgesehen haben, nämlich, daß das Kartellgesetz sehr viel schärfere Möglichkeiten des Eingriffs bei Kartellen als bei marktbeherrschenden Unternehmungen gibt. Wir haben damals schon gesagt: Sobald es soweit ist, muß dieser Teil der Sache, der bisher vernachlässigt worden ist, mit aller Entschiedenheit in Angriff genommen werden. Die Vorbereitungen dazu sind jetzt im Gange. Wir halten es, gemäß unserem damals gegebenen Versprechen, für unsere Pflicht, daran an unserem Teil mitzuarbeiten.

Diese ganze Monopolbekämpfung steht aber in Wirklichkeit im Dienste überwirtschaftlicher Zwecke. Von Gegnern wird uns entgegengehalten, wir überschätzten die wirtschaftliche Bedeutung dieser Sache; wenn man alle Monopolrenten zusammenzählte, sei das nur ein verhältnismäßig minimaler Betrag. Diese Statistiken sind zweifelhaft. Aber selbst wenn sich herausstellen sollte, was ich für möglich halte, daß der Gesamtbetrag aller Monopolrenten gar nicht so übermäßig groß ist angesichts der Milliardenzahlen, wie wir sie heute schon gewohnt sind, dann ändert das an der Wichtigkeit der Sache nicht das geringste.

Unser Kampf gegen die Monopole richtet sich nicht in erster Linie gegen die Monopolrenten, gegen die Marktbeträge, die dadurch verschoben wer-



den, die zu Unrecht dem einen zugeschoben und dem anderen weggenommen und letzten Endes dem Konsumenten aufgebürdet werden; sondern unser Kampf richtet sich dagegen, daß die Monopole eine Bedrohung der Freiheit sind. Es ist unter dem Gesichtspunkt der Staatsstruktur nicht erträglich, daß man es in einem Land, das demokratische Freiheit auf seine Fahne geschrieben hat, duldet, daß sich private Machtpositionen nach privatem Belieben bilden, daß mitten in unserem demokratischen Gefilde sozusagen Raubritterburgen errichtet werden, die von den vorüberziehenden Kaufleuten und Konsumenten Tribute erheben. Das ist ein grundsätzlich unerträglicher Zustand, ganz gleich, wie groß oder wie klein die Tribute sind; davon hängt es gar nicht ab.

Es macht außerdem unsere Front gegenüber der Planwirtschaft unglaublich unwürdig. Denn wenn wir derartige planwirtschaftliche Enklaven zulassen, wo private Monopolinhaber innerhalb ihres Bereichs nach eigenem Gutdünken Planwirtschaft betreiben, dann kann man mit Recht sagen: „Hier laßt ihr es ja selbst zu! Aber wenn schon Planwirtschaft, dann soll wenigstens die öffentliche Hand sie betreiben, nicht irgendein beliebiger Unternehmer!“ Dagegen läßt sich dann sehr wenig einwenden. Diejenigen Unternehmerkreise, die immer noch für diese monopolistische Privat-Planwirtschaft eintreten, sollten bedenken, daß sie damit an dem Ast der Wirtschaftsfreiheit sägen, auf dem sie doch letzten Endes selber sitzen.

Ich möchte noch ein konkretes Beispiel nennen aus unserer nächsten sozialpolitischen Umgebung. Wir haben ein Familienministerium. Dieses Familienministerium betreibt die Kindergelder. Sie wissen, daß wir gegen diese Kindergelder die allerschwersten Einwände haben, und zwar wiederum Einwände überwirtschäftlicher Natur. Die Beträge, die für die Kindergelder aufgewandt werden, sind gar nicht so furchtbar hoch, bisher wenigstens nicht. Außerdem, wenn sie wirklich für einen guten Zweck verwandt würden, müßte man mit Freude bereit sein, sie zu zahlen. Aber der Einwand, den wir dagegen haben, ist der: Die wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Eltern für ihre Kinder ist ein so zentraler Punkt der Familienintegration, und der menschliche Zusammenhalt und die Moral der Familie hängt in so zentraler Weise von dieser Verantwortlichkeit ab, daß wir es für höchst verhängnisvoll halten, wenn gerade an diesem Punkt Sozialisierungsbestrebungen einsetzen und wenn gerade diese Verantwortung den Eltern vom Staat in mehr oder minder großem Umfang abgenommen wird.

Dagegen scheint uns ein anderes Problem aus demselben Bereich sehr aktuell, das Problem der Mütterarbeit. Bei der augenblicklich höchst dringenden Nachfrage nach Arbeitskräften als Folge unserer Überbeschäftigung liegt der Gedanke sehr nahe, der denn auch allgemein ventiliert wird, daß man in stärkerem Umfang auf Frauenarbeit zurückgreifen könne und müsse. Das wird im höchsten Grade bedenklich, wenn es sich dabei um Mütter kleiner, noch nicht schulpflichtiger Kinder handelt.

Wir wissen aus amerikanischen und anderen Untersuchungen, welche katastrophalen Folgen für das Kind und für seine ganze weitere Entwicklung es hat, wenn es an mütterlicher Liebe unterernährt bleibt. In Amerika ist unfreiwillig ein krasser Versuch in dieser Richtung gemacht worden. Es wird

von einem Kinderheim für uneheliche Kinder berichtet, in dem für die hygienische Behandlung der Kinder in allermodernster Weise gesorgt war. Die Schwestern faßten die Kinder sozusagen nur mit Gummihandschuhen an. Unter ökonomischem Gesichtspunkt war es so eingerichtet, daß nicht mehr Schwestern da waren, als unbedingt zur Versorgung der Kinder notwendig. Eine Schwester kam auf ich glaube zwanzig Kinder. - Die Folge war, daß diese hochhygienisch behandelten Kinder derartig unter dem Mangel an Liebe und Zärtlichkeit litten, daß sie richtig geisteskrank wurden. Es gibt einen Film darüber, in dem man in wahrhaft erschreckender Weise sieht, wie die Kinder durch diesen Mangel an mütterlicher Liebe von Monat zu Monat mehr verblödeten.

Das ist ein krasser Fall, aber in geringerem Maße tritt dieselbe Erscheinung sehr häufig auf, und sie würde direkt provoziert werden, wenn man bei dem Mangel an Arbeitskräften jetzt in größerem Umfang auf Mütter kleiner Kinder als Arbeitskräfte zurückgriffe.

Ich kann hier das Problem nur aufwerfen. Die Lösung ist schwierig. Ich möchte sagen, daß ich persönlich nicht einmal etwas dagegen hätte - daran sehen Sie, wie sehr wir Neoliberalen uns von den Altliberalen mit ihren Eingriffsverboten unterscheiden -, wenn man ein Einstellungsverbot für Mütter kleiner Kinder erließe. Natürlich müßte man dann für diejenigen Mütter, die nicht nur in Arbeit gehen, um sich einen Fernsehapparat oder dergleichen kaufen zu können, sondern die es nötig haben und die einfach arbeiten müssen, um sich und ihre Kinder ernähren zu können, eine Unterstützung gewähren. Das wäre sozusagen eine Art verlängerter Stillprämie, die dazu führt, daß Mütter, die sonst aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten müßten, den Kindern als Mütter erhalten bleiben. Eine solche gesetzliche Bestimmung würde wirklich den Kindern nützen, im Gegensatz zu den wahllos gegebenen Kinderprämien, über deren negative Seite ich schon sprach, und die nicht einmal sicherstellen, daß die Mutter nicht außerdem noch auf Arbeit geht, auch wenn sie es gar nicht nötig hätte.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Problemen berühren, bei denen sich jedesmal nachweisen ließe, daß unsere Einstellung zu ihnen überwirtschaftlich bedingt ist, im Dienst überwirtschaftlicher Werte steht, und daß wir zugunsten solcher überwirtschaftlichen Werte auch ohne weiteres bereit sind, unvermeidliche wirtschaftliche Opfer zu bringen. Das gilt z. B. auch von der Siedlungspolitik.

Gegen die Siedlungspolitik, die auf das familiengerechte Einfamilienheim mit entsprechendem Garten gerichtet ist, wird häufig der Einwand erhoben, das sei unwirtschaftlich, das sei teurer als Etagenwohnungen und beeinträchtigt außerdem die marktwirtschaftliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte. Das mag sein. Aber wir sind der Meinung, daß der wirtschaftliche Mehraufwand, den eine familiengerechte Wohnstätte gegenüber einer Mietskaserne erfordert, bei weitem lohnt und daß auch die verminderte Beweglichkeit ohne weiteres in Kauf genommen werden muß im Dienste überwirtschaftlicher Werte, die unvergleich viel wichtiger und höher sind. Auch das ist eine Forderung unserer Vitalpolitik.

Die Sauberhaltung von Wasser und Luft: ein Problem, das, wie Sie wissen, von Tag zu Tag dringender wird, und eine Sache, die sehr hohe Kosten verursacht. Vom rein wirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkt läßt sich also sehr viel dagegen sagen, denn es handelt sich hier wirklich um sehr hohe Gesamtsummen. Trotzdem ist es eine Forderung, die unbedingt durchgesetzt werden muß. Ich bin durchaus der Meinung, die kürzlich unser Bundespräsident Lübke vertreten hat: Man muß sich fragen, ob ein Volk, das eine dauernd zunehmende Verschmutzung seines Wassers und seiner Luft zuläßt, überhaupt noch ein Kulturvolk genannt werden kann.

Ich hoffe, Ihnen gezeigt zu haben, daß kein Vorwurf gegen uns neoliberale Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft ungerechter sein kann als der, daß wir das Wirtschaftliche überschätzten. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Wirtschaft in allen Punkten und durchweg in den Dienst überwirtschaftlicher Werte gestellt werden muß, und daß im Konfliktfall diese überwirtschaftlichen Werte den Vorrang verdienen. Wir sind darin mit den Kirchen, wie Sie im einzelnen noch sehen werden, und mit allen Vertretern idealistischer Anschauungen vollkommen einig und in einer Front.

Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß - abgesehen von einer Wirtschaftspolitik, die sich ihrer Dienstverpflichtung gegenüber jenen höheren Werten nicht nur grundsätzlich, sondern bis in alle Einzelheiten hinein bewußt ist - jene Gebiete, auf denen die höheren, überwirtschaftlichen Werte herrschen, natürlich ihr Eigengewicht haben. Wenn die Wirtschaft dafür sorgt, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für sie erfüllt sind - das muß sie eben -, ist es Sache der Vertreter jener Werte, das ihrige zu tun, um diese Werte entsprechend zur Entfaltung zu bringen. Da sind wir allerdings der Meinung, daß in unserer Bundesrepublik auf den anderen, nicht wirtschaftlichen Gebieten in dieser Richtung sehr viel mehr getan werden müßte und mit sehr viel mehr Idealismus und Schwung die Pflege dieser überwirtschaftlichen Werte betrieben werden müßte.

Wir sind der Meinung, daß unter diesem Gesichtspunkt der Sektor der Wirtschaft derjenige ist, der im Gegensatz zu den oft erhobenen Vorwürfen noch am meisten für die Erfüllung dieser überwirtschaftlichen Forderungen getan hat, während auf den anderen Gebieten, wo die überwirtschaftlichen Werte im Zentrum stehen und der eigentliche Inhalt sind, zur Pflege der überwirtschaftlichen Werte, in deren Dienst wir die Wirtschaft stellen, ein viel größeres Maß an idealistischem Schwung und idealistischer Zielbewußtheit erforderlich wäre. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das Wort hat unser Freund Wilhelm Röpke, der es unter großen Opfern aus überwirtschaftlichem Pflichtgefühl trotz seiner Überbelastung heute möglich gemacht hat, hier zu erscheinen. (Beifall.)

(Seite 7 - 16)

Wolfgang Frickhöffer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AS'M

## VON DER RANGORDNUNG DER WERTE

(Auszug: Einleitung und Schlußsätze)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die moderne Markt-Wirtschaft als Soziale Marktwirtschaft ist unserer Konzeption entsprechend so angelegt, daß sie einem überwirtschaftlichen Leitbild dient: dem Leitbild von einem Menschen, der ethisch gebunden und frei für sich und seinen Bereich Verantwortung trägt, sich aber auch verantwortlich fühlt für seine Mitmenschen, der sich also zugehörig fühlt zu einer „verantwortlichen Gesellschaft“, wenn ich dieses Stichwort von Dr. Walz aufgreifen darf, einem Menschen, der für seine gesamte Existenz einen Anspruch hat auch auf Würde und einen persönlichen Freiheitsbereich.

Was das Grundsätzliche betrifft, so darf ich auf die Vorträge des Vormittags verweisen sowie auf die kleine Schrift, die wir heute am Eingang an Sie verteilt haben.<sup>45</sup>

Die Rangordnung, von der ich zu sprechen habe, zeigt sich nun darin, daß z. B. der Unternehmer Funktionen verschiedenen Ranges in der verantwortlichen Gesellschaft wahrzunehmen hat, von denen die dem materiellen Erfolg gewidmete keinesfalls an der Spitze steht. Zwar ist es nicht Willkür, sondern legitim, Chancen zu nutzen, die sich bieten, Vorteile wahrzunehmen, die sich erzielen lassen - aber nur in einer Marktwirtschaft, die überwirtschaftlichen Bindungen und Bedingungen untergeordnet und in deren Dienst auch ausreichend durch einen Ordnungsrahmen fundiert ist. Dieser Ordnungsrahmen muß sachlich so zweckmäßig konstruiert sein, daß der Wirtschaftsprozeß in einer Weise abläuft, die dem überwirtschaftlichen Leitbild entspricht.

Der Unternehmer kann nun die Verantwortung für die Geschehnisse außerhalb seines Betriebes nicht einfach auf die Politik abschieben. Er ist zwar zunächst für sein Marktverhalten verantwortlich und dabei z. B. auch für seine Preispolitik. Er ist aber als Staatsbürger auch für die überwirtschaftlichen Werte und für den Ordnungsrahmen des Wirtschaftsprozesses verantwortlich, sogar in stärkerem Maße und auf weit höherem Niveau als für sein Marktverhalten und seine Preispolitik.

Das trifft prinzipiell auf jeden in der Wirtschaft Tätigen zu. Jeder ist ja gleichzeitig, und sei es nur als Wähler, auch Staatsbürger und hat als solcher eine Verantwortung. Diese Verantwortung ist aber wohl beim Unternehmer besonders hoch anzusetzen, denn er hat schließlich eine Führungsfunktion. Er muß sich bewußt sein, daß er Vorbild zu sein hat, ob ihm dies sympathisch ist oder nicht. Wenn er eine leitende Funktion ausübt, wenn er gewisse Rechte beansprucht für Freiheiten im Marktprozeß, muß er sich darüber im klaren sein, daß er auch im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht und schärfer kontrolliert wird als andere. Von der staatsbürgerlichen Ver-

45 Alexander Rüstow / Wolfgang Frickhöffer, Das christliche Gewissen und die Soziale Marktwirtschaft des Neoliberalismus, Junge Wirtschaft Nr. 2, Februar 1960 (Sonderdruck durch ASM-Geschäftsstelle).

antwortung des Unternehmers für den überwirtschaftlichen Bereich und den Ordnungsrahmen des Wirtschaftsprozesses hängt in der freien Gesellschaft außerordentlich viel ab. Das Ansehen eines Unternehmers muß vor allem an seiner Leistung in diesem Punkte und weniger an seiner Fähigkeit, materielle Erfolge zu erzielen, gemessen werden. ...

(Seite 73 / 74)

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich ganz deutlich festhalten, daß in der Rangordnung der Werte der materielle Ausstoß, der äußere Lebensstandard, der Kühlschrank, das Auto und das Fernsehgerät gewiß nicht an erster Stelle stehen. An oberster Stelle steht das überwirtschaftliche Leitbild des Menschen in seiner religiösen, ethischen, kulturellen Existenz; darunter eine dementsprechende Staats- und Gesellschaftspolitik; darunter als deren Teil ein zweckentsprechender Ordnungsrahmen für den Wirtschaftsprozess; und darunter erst der Wirtschaftsprozess selber.

Die Wirtschaftsordnung, den Ordnungsrahmen vom Eigeninteresse im Wirtschaftsprozess her zu beeinflussen und den Staat für seine Interessen vorzuspannen, verletzt die Rangordnung der Werte. Das hat nicht nur wirtschaftliche Schäden im Marktprozeß zur Folge - das wäre z. T. noch zu verschmerzen -, sondern das wirkt sehr viel weiter. Statt in der Rangordnung der Werte von oben nach unten gehen jetzt Einflüsse von unten nach oben aus, greifen über das wirtschaftliche Gebiet hinaus, zersetzen Staat und Gesellschaft, bedrohen die überwirtschaftlichen Werte und verfälschen die daraus abgeleiteten Maßstäbe.

Deswegen ist die Besinnung auf die Rangordnung der Werte so ungemein wichtig und die Ausrichtung unseres Handelns auf sie unerlässlich. Versagen wir hier, so zerstören wir die moralischen und sachlichen Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung von innen heraus, einer Ordnung, die doch wahrhaftig von außen bereits genug bedroht ist.

Auf diese Existenzfrage unserer gesamten Lebensbedingungen hinzuweisen, war die Aufgabe meines Vertrages. (Beifall.)

(S. 87)